

**Beginn: 10:02 Uhr**

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich heiÙe Sie herzlich willkommen zu unserer heutigen, 5. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen. Mein GruÙ gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **zwei Abgeordnete entschuldigt**.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich habe noch einmal die herzliche Bitte – ich wurde darauf angesprochen, das sollte aber auch guter Usus sein –, dass während der Plenarsitzungen nicht telefoniert wird. Ich weiß, dass das Handy ein wichtiges Medium geworden ist. Auf der anderen Seite haben wir viele Zuschauer, die genau darauf achten, wie sich die Abgeordneten verhalten. Das spielt auch in den Diskussionsrunden mit den Besuchergruppen eine Rolle. Ich darf Sie von daher herzlich bitten, dass Sie nicht im Plenarsaal telefonieren, sondern dass Sie dringende Telefonate außerhalb des Plenarsaals führen.

Wir treten nunmehr in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein.

Ich rufe auf:

**1 Opel kann auch ohne Staatshilfen saniert werden – Lehren für zukünftige Fälle ziehen**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/20

Das Wort hat für die FDP-Fraktion Herr Dr. Papke.

**Dr. Gerhard Papke (FDP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die monatelange Debatte über staatliche Hilfen für Opel ist ein Lehrstück über die Bedeutung von Markt und Wettbewerb für die Funktionsfähigkeit der sozialen Marktwirtschaft. Sie ist vor allem eine Lektion für all diejenigen, die meinen, der Staat könne und müsse auf Kosten der Steuerzahler nicht wettbewerbsfähige Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft sichern.

(Beifall von der FDP)

Man muss sich noch einmal vor Augen führen, in welcher Art und Weise General Motors die Politik in Deutschland an der Nase herumgeführt hat. Über Monate hinweg wurde die Herauslösung von Opel aus dem Konzernverbund von GM und ein Sanierungskonzept unter Führung des Bieterkonsortiums Magna/Sberbank beraten. Angesichts der drohenden Insolvenz des Mutterkonzerns – das will ich ausdrücklich noch einmal sagen – war es richtig, dass

die deutsche Politik in dieser Phase diesen Prozess sehr eng und konstruktiv begleitet hat.

Doch dann – und das war der entscheidende Wendepunkt – hat General Motors Ende 2009 zur allgemeinen Überraschung verkündet: All die monatelangen vorhergehenden Gespräche seien obsolet. Man wolle Opel jetzt doch behalten. Das Geschäftsumfeld habe sich verbessert, und man wolle Opel und die europäischen Töchter insgesamt selbst restrukturieren.

Das Interessante war, dass sich die Befürworter einer Staatshilfe für Opel zwar geschockt gezeigt haben, aber nicht bereit waren, Konsequenzen aus dem Verhalten von GM zu ziehen. Schnell war man wieder fröhlich mit neuen Offerten für GM unterwegs und hat Staatshilfen in Aussicht gestellt. Allein die FDP hat in dieser Situation klipp und klar festgehalten, dass General Motors das Sanierungskonzept für Opel nun alleine tragen und finanzieren muss.

(Beifall von der FDP)

Auch das neue Sanierungskonzept für Opel sah eine Bundesbürgschaft mit parallelen Landesbürgschaften vor. Den Bürgschaftsantrag über 1,5 Milliarden € hat GM an den so genannten Deutschlandfonds gerichtet, der, wie Sie wissen, zur Überwindung von Liquiditätseingpässen infolge der weltweiten Finanzmarktkrise eingerichtet worden war – aber eben als besonderes Instrument zur Überwindung der Finanzmarktkrise.

Deshalb gab es von Anfang an offensichtlich begründete Bedenken, ob der Bürgschaftsantrag überhaupt diesen Kriterien des Deutschlandfonds entsprechen könne. Denn jeder, der sich mit der Branche auseinandergesetzt hat, wusste, dass Opel bereits vor Ausbruch der Finanzmarktkrise in erheblichen Schwierigkeiten war. Wir hatten es und haben es hier nicht mit Auswirkungen der Finanzmarktkrise und der Konjunkturkrise zu tun, sondern mit Strukturproblemen, die über einen längeren Zeitraum aufgelaufen waren.

Entsprechende Bedenken wurden nicht nur von der FDP und Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle vorgetragen. Auch der Lenkungsrat, das mit externen und unabhängigen Sachverständigen besetzte Beratergremium der Bundesregierung, hat nach einem intensiven Prüfprozess festgestellt, dass die wirtschaftlichen Kriterien für die Vergabe der Bürgschaft nicht erfüllt waren.

Die SPD, allen voran die heutige Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen, hatte mit solchen Einwänden jedoch nichts am Hut. Noch am 2. Juni 2010 verstieg sich Frau Kraft zu der Behauptung – ich darf mit Genehmigung des Präsidenten wörtlich zitieren –:

Die deutschen Opel-Werke in Bochum, Eisenach und Kaiserslautern sind akut bedroht, weil die Bundesregierung die Entscheidung weiter verzögert.

Dabei hatte die Bundesregierung überhaupt nichts verzögert. Sie hat lediglich ihre Pflicht getan und den Bürgschaftsantrag nach den rechtlich eindeutigen Bürgschaftsbewertungskriterien sorgfältig geprüft. Frau Kraft hat dann weiterhin erklärt – ich zitiere wiederum –:

Der Bundeswirtschaftsminister muss seine theoretischen Überlegungen endlich zur Seite stellen und seine Arbeit machen.

Weiter sagte sie:

Die geschäftsführende NRW-Landesregierung muss die formalen Voraussetzungen dafür schaffen, dass der Landtag eine Bürgschaft zeitnah beschließen kann.

Und:

Die SPD steht bereit, eine Bürgschaftszusage für den NRW-Anteil im Landtag zu beschließen.

(Zuruf von Thomas Eiskirch [SPD])

Das ist erst wenige Wochen her. Das heißt im Klartext: Wenn die heutige Linksregierung in Nordrhein-Westfalen damals schon in Verantwortung gewesen wäre, dann hätte die Regierung eine Bürgschaftszusage an Opel gegeben – ohne Sinn und Verstand und gegen den ausdrücklichen Rat der unabhängigen Sachverständigen. Das konnte Gott sei Dank vermieden werden.

(Beifall von der FDP)

Der Bundeswirtschaftsminister hat den Antrag auf Staatshilfen für Opel abgelehnt. Diese Entscheidung war die einzig richtige. General Motors verfügt erkennbar über genügend liquide Mittel von schätzungsweise 10 Milliarden €, um die Sanierung von Opel selbst zu stemmen. Nach Angaben des Opel-Chefs Nick Reilly peilt das Unternehmen bereits für 2011 eine schwarze Null an. Bis 2014 will Opel Kredite über 3,3 Milliarden € an die Konzernmutter zurückzahlen.

Es wäre angesichts dieser Zahlen, die Mitte des Jahres bekannt waren, aberwitzig gewesen, einem solchen amerikanischen Konzern deutsches Steuergeld hinterherzuwerfen.

(Beifall von der FDP)

Genau das wollten einige SPD-geführte Opel-Länder machen. Hinzu kommt, dass staatliche Unterstützung für Opel zu gravierenden Wettbewerbsverzerrungen geführt und andere Unternehmen in der Automobilbranche gefährdet hätte. Das sage ich insbesondere mit Blick auf Nordrhein-Westfalen. Aus nordrhein-westfälischer Sicht sind die über 17.000 Arbeitsplätze bei Ford in Köln mindestens genauso viel wert wie die Arbeitsplätze bei Opel in Bochum.

Jeder muss wissen: Jeder subventionierte Arbeitsplatz bei Opel in Bochum gefährdet einen wettbewerbsfähigen Arbeitsplatz bei Ford in Köln. Das ist der Zusammenhang.

(Beifall von der FDP)

Was dann folgte, nachdem der Bund den Bürgschaftsantrag abgelehnt hatte, war ein Stück aus dem Tollhaus. Obwohl wirklich jede Rechtfertigung für Opel-Bürgschaften entfallen war, machten sich SPD-geführte Opel-Länder daran, den jeweiligen Opel-Werken mit eigenen Bürgschaften Blankoschecks auszustellen.

Noch am 15. Juni 2010 forderte der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion – der, wie ich zu meiner Freude gesehen habe, in der Debatte gleich das Wort ergreifen wird; vielleicht kann er sich dann darauf beziehen –, das Land Nordrhein-Westfalen müsse nun den Bundesanteil an der Opel-Bürgschaft ausgleichen und das Bürgschaftsvolumen entsprechend erhöhen. Das hat der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion bemerkenswerterweise einen Tag, bevor General Motors europaweit sämtliche Bürgschaftsanträge zurückgezogen hat, gefordert.

Eine schlimmere Klatsche für die Befürworter von Subventionen bei Opel konnte es doch gar nicht geben. Da behauptet dieser Konzern über Monate, ohne Milliardenhilfen sei Opel nicht zu retten, und erklärt dann von einem Tag auf den anderen: Jetzt reicht es uns aber. Wenn diese Antragsverfahren so langwierig und bürokratisch sind, dann verzichten wir eben auf Staatsknete und finanzieren das alleine.

Unser Wunsch ist, dass die Politik in Deutschland, vor allem die Landespolitik in Nordrhein-Westfalen, Lehren daraus zieht. Das, was wir erlebt haben, war der unverschämte Versuch eines Großunternehmens, ...

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Herr Abgeordneter, die Zeit.

**Dr. Gerhard Papke (FDP):** Ich komme zum Ende, Herr Präsident.

... Milliardenunterstützung auf Risiko des Steuerzahlers abzugreifen, obwohl das Unternehmen erkennbar selber in der Lage war, die nötigen Restrukturierungen vorzunehmen.

Deshalb darf sich so etwas nicht wiederholen, meine Damen und Herren. In Zukunft muss klipp und klar gelten: Es gibt bei Bürgschaftsanträgen keinen Großbetriebsbonus. Es kann nicht sein, dass Großunternehmen in der Krise besser behandelt werden als mittelständische Unternehmen, die ohne politische Rückendeckung auskommen müssen. Das ist unser Wunsch – als Lehre für die Zukunft für die Bürgschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen.

Ich kann Ihnen versprechen, dass wir genau darauf achten werden, dass sich so etwas, wie wir es bei Opel erlebt haben, nicht wiederholen wird. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dr. Papke. – Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Weisbrich.

**Christian Weisbrich (CDU):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Vorgang Opel macht für mich vier Dinge deutlich:

Erstens. Auch sehr große Unternehmen können in existenzielle Schwierigkeiten geraten.

Zweitens. Jede Landesregierung ist gut beraten, wenn sie für kein Unternehmen Hilfen zur Arbeitsplatz- und Standortsicherung von vornherein ausschließt.

Drittens. Gerade bei Großbürgschaften ist ein sorgfältig abgestimmtes Vorgehen von Bund und Land zwingend erforderlich.

Viertens. Der Prüfmaßstab darf nicht von der Größe eines Unternehmens abhängen, sondern der Prüfmaßstab muss für alle Antragsteller grundsätzlich der gleiche sein.

(Beifall von CDU und Andrea Asch [GRÜNE])

An diese Regeln hat sich die CDU/FDP-Landesregierung stets gehalten. Auf dem Höhepunkt der Unternehmenskrise Ende Mai 2009 waren Landesregierung und Landtag – in diesem Fall der Haushalts- und Finanzausschuss – grundsätzlich bereit, die Restrukturierung der Adam Opel GmbH gemeinsam mit dem Bund und mit den anderen Standortländern durch Bürgschaften zu unterstützen, falls die Voraussetzungen dafür vorlägen.

Eine erste Plausibilitätsprüfung und Risikoanalyse durch ein namhaftes Beratungsunternehmen hat hohe Umsetzungsrisiken, aber auch Chancen aufgezeigt. Vor diesem Hintergrund waren die Begleitung des Projektes durch die Landesregierung und die jeweils zeitnahe Information der Mitglieder des Haushalts- und Finanzausschusses über die grundsätzlichen Sachverhalte und deren ständige Veränderung aus meiner Sicht vorbildlich. Das möchte ich den damals zuständigen Ministern Christa Thoben und Dr. Helmut Linssen ausdrücklich bestätigen.

(Beifall von CDU und FDP)

Dass Opel am 16. Juni 2010 alle Bürgschaftsanträge zurückgezogen hat, ist aus meiner Sicht eine erfreuliche Entwicklung, weil sie signalisiert, dass es im Unternehmen ebenso wie in der Branche nach einer langen Durststrecke wieder aufwärts geht. Für die staatliche Seite macht der Vorgang deutlich, dass selbst massive Drohungen nicht zu einer minder

sorgfältigen Antragsprüfung führen dürfen. Das Unternehmen aber sollte eines begriffen haben: Es ist unanständig, Mitarbeiter und deren Familien in Geiselschaft zu nehmen, um wirtschaftliche Vorteile zu erreichen.

(Beifall von CDU, FDP und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mittlerweile hat es über den Standort Bochum und seine Zukunft mit Elektromobilität sehr gute Gespräche zwischen der Landesregierung und Opel gegeben, zuletzt am 9. Juli. Wir können das im Ausschuss gerne alles noch vertiefen.

Jetzt aber möchte ich den Tagesordnungspunkt zum Anlass nehmen, aufzuzeigen, wo der Arbeitsschwerpunkt der CDU/FDP-Regierung zur Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise lag, und zwar nicht etwa bei den medialen Großereignissen Opel und Ford, sondern bei den zahlreichen Hilfen für den Mittelstand. Das war gut und richtig.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, über 18.600 kleine und mittlere Unternehmen haben seit Anfang des Jahres 2009 bis Mai 2010 die Kredit-, Bürgschafts- und Beratungsprogramme des Landes und des Bundes zur Bewältigung der wirtschaftlichen Einflüsse auf NRW in Anspruch genommen. Damit ist klar: Die Angebote der CDU/FDP-Landesregierung haben sehr zielsicher die ca. 763.000 Mittelständler im Land erreicht, die in der derzeitigen Situation dringend Rat und Hilfe brauchen. So etwas, meine Damen und Herren, kann nur eine stabile Landesregierung, kein rot-rot-grünes Wackelbündnis, das von der Gnade derer abhängt, die ökonomisch bereits einen Staat auf deutschem Boden ruiniert haben.

(Beifall von CDU und Dr. Gerhard Papke [FDP])

Unsere Förderbank, die NRW.BANK, hat im Zeitraum Januar bis Ende Dezember 2009 insgesamt 13.000 Unternehmen mit Förder- und Kreditprodukten in Höhe von insgesamt 2,4 Milliarden € versorgt. Alleine im Zeitraum von Januar bis Ende März 2010 kamen insgesamt 3.929 Unternehmen mit Förder- und Kreditprodukten in Höhe von insgesamt 866 Millionen € hinzu. Die durchschnittliche Kredit- und Fördersumme pro Betrieb lag in diesem Zeitraum damit bei fast 220.600 €.

Alleine der NRW.BANK-Mittelstandskredit ist von Januar bis Ende 2010 von 967 Unternehmen nachgefragt worden. Das Kreditvolumen beträgt rund 215 Millionen €. Damit liegt die durchschnittliche Kreditsumme pro Unternehmen bei fast 222.350 €. Die verschiedenen Förderprodukte der NRW.BANK einschließlich Mittelstandskrediten haben in diesem Zeitraum 1.461 Betriebe erreicht. Das Volumen beträgt hier derzeit rund 510 Millionen €. Damit hat jedes Unternehmen rund 350.000 € bekommen.

Warum sage ich das? – Diese Durchschnittswerte machen deutlich, dass die CDU/FDP-Regierung die richtige Zielgruppe erreicht hat: den Mittelstand und die Gründer. Besonders erfreulich waren zusätzliche Angebote Dritter an Kleinunternehmen, die koordiniert hinzukamen. So haben zum Beispiel die Genossenschaftsbanken unter dem Titel „MIND“ eine eigene Beratungssoftware entwickelt, mit der sich gerade Kleinunternehmen mit zwei bis 20 Mitarbeitern kostenlos und gezielt auf Bankgespräche vorbereiten können. Mit dieser Stärken-Schwächen-Analyse werden unter anderem Kreditverhandlungen deutlich erleichtert, vor allem aber auch verkürzt.

Bei den Bürgschaftsvergaben des Landes seit Anfang des Jahres 2009 standen kleine und mittlere Unternehmen ganz eindeutig im Vordergrund. Insgesamt wurden bis April 2010 85 Landesbürgschaften mit einem Volumen von über 632 Millionen € vergeben. Durch diese Landesbürgschaften konnten insgesamt 10.127 Arbeitsplätze gesichert und 120 neue geschaffen werden.

Ergänzend wurde durch die Bürgschaftsbank Nordrhein-Westfalen seit Anfang 2002 für 689 Betriebe ein Bürgschaftsvolumen von 138 Millionen € bewilligt. Die Bürgschaftsbank NRW darf im Rahmen des Konjunkturpaketes II befristet bis zum 31.12.2010 nur Bürgschaften bis zu einer Höhe von 1,875 Millionen € zusagen und ist damit schon aufgrund ihres Auftrags mittelstandsorientiert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, spektakuläre Großfälle wie Ford oder Opel dürfen nicht davon ablenken, dass sich CDU und FDP in der Krise vor allem auf die Stabilisierung kleiner und mittlerer Unternehmen konzentriert haben. Dass uns das gelungen ist, meine Damen und Herren, zeigt die Entwicklung der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen, vor allem aber der erfreuliche Rückgang der Arbeitslosigkeit. Denn zusätzliche Arbeitsplätze entstehen heute nicht mehr in Großunternehmen, sondern vor allem in den kleinen und mittleren Betrieben, wo die Inhaber nicht nur persönlich haften, sondern für die wirtschaftliche Vernunft und soziale Gerechtigkeit wie selbstverständlich zwei Seiten einer Medaille sind.

(Beifall von der CDU)

Als CDU und FDP im Mai 2005 Rot-Grün abgelöst haben, gab es 1.061.000 Arbeitslose in Nordrhein-Westfalen. Trotz der größten Wirtschaftskrise seit 80 Jahren ist die Arbeitslosigkeit bis heute um 287.000 Personen oder 27 % zurückgegangen. Das ist nicht nur das Ergebnis einer soliden Wirtschafts- und Finanzpolitik von CDU und FDP, meine Damen und Herren, sondern es ist gleichzeitig die Messlatte für Ihre Wackelkoalition.

Wenn Sie es nicht so wie wir schaffen sollten, die Zahl der Arbeitslosen in Nordrhein-Westfalen jährlich um mindestens 55.000 Personen zu senken – wir haben das in der Krise geschafft; jetzt ist die Krise vorbei –, dann hat diese instabile Linkskoalition den

Menschen in Nordrhein-Westfalen schweren Schaden zugefügt.

(Beifall von der CDU)

Dieses Ziel erfordert Handlungsstabilität und berechenbare Rahmenbedingungen für die Wirtschaft. Mit hemmungsloser Neuverschuldung, verantwortungslosen Konsumversprechungen und einer törichten Symbolpolitik werden Sie den Menschen in diesem Land nicht dienen.

Ich freue mich auf die Ausschussdebatte. – Schönen Dank.

(Beifall von der CDU)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Weisbrich. – Für die SPD-Fraktion spricht der Abgeordnete Eiskirch.

**Thomas Eiskirch (SPD):** Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Ich will mich nicht auf den zweiten Redeteil von Herrn Weisbrich beziehen, der der Versuch seitens der abgewählten Landesregierung war, ihre Wirtschaftspolitik im Nachhinein zu rechtfertigen. Ich denke, die Botschaften, die wir, die Sozialdemokratie und die Grünen, über die Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik zu senden haben, werden Sie hier im Rahmen einer Regierungserklärung – vielleicht in Teilen auch schon heute während der Debatte über den Eilantrag – hören.

Ich möchte mich auf den Antrag zu Opel beziehen und freue mich, dass der Kollege Weisbrich deutlich gemacht hat, dass wir zwar die Koalition der Einladung sind, er aber – zu dem Thema – die Opposition der Einladung darstellt. Das, was Sie zu Opel gesagt haben, war ja ein durchaus vielversprechender Start.

Der Antrag der FDP richtet sich nicht an den Landtag oder an die jetzige Landesregierung. Vielmehr ist er aus meiner Sicht der freundlich formulierte Versuch einer Abrechnung der FDP mit ihrem ehemaligen Koalitionspartner.

(Beifall von der SPD – Zuruf von der FDP)

Das ist der Versuch einer Abrechnung mit Angela Merkel, Roland Koch und Jürgen Rüttgers, die sich in allen Etappenschritten für eine Bürgschaftsbegleitung der Investitionen von GM ausgesprochen haben, solange es notwendig erschien. Insofern ist es schon ein bisschen schändlich, wie Sie hier seit einigen Tagen deutlich machen, dass das Einzige, was FDP und CDU in diesem Hause noch eint, ihre Abneigung gegen die Linken ist, während sie nichts Inhaltliches mehr verbindet, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD – Zuruf von der FDP)

– Kollege Brockes, nur weil Herr Papke Ihnen Ihre Redezeit für die zweite Runde geklaut hat, müssen Sie jetzt nicht versuchen, das mit Zwischenrufen auszugleichen.

(Beifall von der SPD – Dietmar Brockes [FDP]:  
Gehen Sie einmal neue Wege, Herr Eiskirch!)

Der Sachverhalt, auf den sich der Antrag der FDP bezieht, ist allen Beteiligten in diesem Haus bekannt. Die Opel-Mutter General Motors hat ihren Antrag auf eine staatliche Bürgschaft von sich aus europaweit zurückgezogen und beabsichtigt nunmehr, die Opel-Sanierung aus eigener Kraft und ohne staatliche Absicherung zu stemmen. Das ist, zugegeben, auf der einen Seite mit einem nicht unerheblichen Arbeitsplatzabbau verbunden, auf der anderen Seite aber auch mit Investitionen in Produktionslinien für neue Modelle und der Perspektive des Einstiegs in die elektromobile Großserienfertigung bei uns in Nordrhein-Westfalen. Herr Kollege Weisbrich hat schon darauf hingewiesen.

Die Rettung ist zunächst einmal die entscheidende und wichtige Botschaft für die Kolleginnen und Kollegen in Bochum und an den anderen Opel-Standorten in Deutschland und in ganz Europa. Es geht weiter mit Opel als einem der wichtigen Eckpfeiler der automobilen Wertschöpfungskette in Nordrhein-Westfalen.

Um das festzustellen, hätte es des Antrags der FDP nicht bedurft. Ich bin froh – das ist deutlich geworden –, dass die CDU diesen Antrag nicht nur nicht mit gestellt hat, sondern auch nicht mittragen wird. Wir wissen doch, dass es auch dem früheren Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers wichtig war, einen Beitrag der Politik für eine gute Zukunft der dortigen Arbeitsplätze zu fordern.

Es gab hier in der vergangenen Wahlperiode einen sehr breiten Konsens darüber, dass sich der Staat nicht heraushalten darf, wenn Arbeitsplätze bedroht sind. Über die Wahl der Mittel, des Instrumentariums, ist dabei jeweils im Einzelfall zu entscheiden. Eine pauschale Diffamierung von Instrumenten ist da wahrlich fehl am Platze.

Eine Bürgschaft mindert das Risiko der Kreditgeber und ermöglicht so häufig Kreditzusagen in einem nach wie vor schwierigen Umfeld auf den Kapitalmärkten. Sie kann einen Schutzschirm gegen Risiken bilden, die Unternehmen häufig nur für eine begrenzte Zeit nicht allein meistern können. Deswegen ist dieses Instrument nicht pauschal zu diffamieren; das halte ich wirklich nicht für angebracht.

Deswegen möchte ich die Auseinandersetzung über die Sinnhaftigkeit von Bürgschaften mit einem Zitat beginnen – Kollege Papke, Kollege Brockes, auch für Sie –:

In Zeiten einer gerade zögerlich wieder in Fahrt kommenden Wirtschaft haben wir in der Koalition beschlossen, „die Entscheidungsverfahren für die Garantien für Exportkredite, Investitionen und ungebundene Finanzkredite zu beschleunigen und vorrangig an der Sicherung des Standortes Deutschland und der Förderung von Wirtschaft und Beschäftigung im Inland“ auszurichten.

So Dr. Martin Lindner, FDP-Bundestagsabgeordneter aus Berlin, am 28. Januar im Bundestag. Hört, hört – so ist das mit Bürgschaften.

Spannend ist nur, dass es dort eine Debatte über die Absicherung wirtschaftlicher Risiken für Unternehmen gab, die den Export von Atomtechnologie anstreben. Diese Risiken will die FDP mit Staatsbürgschaften absichern. Die Absicherung von Atomrisiken rechtfertigt im Weltbild der FDP den Einsatz des Staates; an anderen Stellen ist er augenscheinlich nicht gerechtfertigt. Das ist pharisäerhaft, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

Anders, wie gesagt, hier bei Opel. Die NRW-FDP geht einen völlig anderen Weg. Sie geht einen einsamen Weg, weit weg von den Wirklichkeiten hier in Nordrhein-Westfalen. Der Antrag der FDP blendet die Sachverhalte, die nicht in das neoliberale Weltbild passen, schlicht aus.

Gleich in der Überschrift philosophiert die FDP über sogenannte Staatshilfen. Sie versucht damit wider besseres Wissen den Eindruck zu vermitteln, dass es darum gegangen sei, Opel mit Geldzahlungen aus Steuermitteln weiterzuhelfen.

Hierum ging es erkennbar nicht. Es ging um eine Bürgschaft, die helfen soll, Arbeitsplätze zu sichern. Ich bitte Sie, Kolleginnen und Kollegen, die dabei waren: Lassen Sie uns doch einmal in das Frühjahr 2009 zurückblicken. Opel stand hier durch die GM-Schieflage in den USA kurz vor dem Aus, und alle wussten: Ohne staatliches Eingreifen in den USA und in Europa wären GM und damit auch die Arbeitsplätze bei Opel in Nordrhein-Westfalen nicht zu retten gewesen.

Kein Wort davon in Ihrem Antrag, dass das staatliche Unterstützen und die staatliche Hilfestellung die Grundpfeiler dafür waren, dass wir heute überhaupt noch darüber diskutieren können, welche Zukunft die Arbeitsplätze bei Opel haben. Sie blenden auch aus, dass Sie selbst, wenn auch nach langem Zaudern und Zappeln, Pfingsten 2009 einer Bürgschaft als einem Bestandteil einer Treuhandlösung zugestimmt haben. Ohne diese Treuhandlösung wäre Opel heute nicht in der Lage, sich aus eigener Kraft zu retten. Das muss man anerkennen.

Nur zur Erinnerung: Die damals von Ihnen mitbeschlossene Bürgschaft – Kollege Brockes, bevor Sie weiterlachen – war bedeutend höher und risikoträchtiger als das, was Sie heute ablehnen.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Von möglichen positiven Effekten für die öffentliche Hand aus Bürgschaftsprovisionen will ich an der Stelle gar nicht reden.

Das Problem der FDP ist: Eine Auseinandersetzung mit den politischen Aufgaben in Nordrhein-Westfalen wird verweigert und durch Begrifflichkeiten ersetzt,

die in ein neoliberales Weltbild hineinpassen. Mit Ihrem Antrag zeigen Sie einmal mehr das marktradikale Verständnis von Politik. Die Wählerinnen und Wähler honorieren das nicht.

Kolleginnen und Kollegen, wir müssen unsere Vorgehensweise nicht daran orientieren, ob ein Unternehmen groß oder klein ist; das hat der Kollege Weisbrich auch schon ausgeführt. Aber die FDP versucht, das in ihrem Antrag anzudeuten und herauszuarbeiten. Es ist absurd, davon zu sprechen, dass Großunternehmen besser behandelt würden als mittelständische Betriebe. Das ist wirklich eine Verhöhnepipelung all derer, die sich an diesen Stellen gerade für den Mittelstand engagieren. Es ist doch bekannt, wie vielen Kleinunternehmen vor allem in der Krise seitens der NRW.BANK und der Bürgerschaftsbank – Kollege Weisbrich hat die Zahlen gerade noch mal sehr ausführlich genannt – in Zeiten der Kreditklemme geholfen wird. Frau Ex-Ministerin Thoben hat die Zahlen auch immer wieder erläutert. Und Sie tun so, als würde die öffentliche Hand nur Großbetrieben helfen. Nein! Die öffentliche Hand hat mindestens genauso Verantwortung – und wird ihr auch gerecht – für die kleinen und mittleren Unternehmen in unserem Land. Das ist auch richtig so, Kollege Brockes.

(Dietmar Brockes [FDP]: Unter klaren Kriterien!)

Es ist absurd zu behaupten, es gäbe politisch motivierte Subventionszusagen auf Kosten der Steuerzahler.

Richtig ist – da unterscheidet sich unser Politikansatz diametral von Ihren neoliberalen Theorien –:

(Dietmar Brockes [FDP]: Gott sei Dank!)

Bei uns steht der Mensch im Mittelpunkt. Dies gilt unabhängig von der Betriebsgröße und frei von ideologischen Scheuklappen. Wir wollen gute Arbeitsbedingungen. Wir wollen den Industriestandort NRW sichern und die lokale Wirtschaft stärken.

Wir laden die anderen Fraktionen hier im Landtag ein, jeweils im Einzelfall mit uns zu beraten, welcher Weg der richtige ist.

(Dietmar Brockes [FDP]: Stimmen Sie doch dem Antrag zu!)

– Möchte er eine Zwischenfrage stellen? Ich weiß das nicht. – Gut, er blökt also nur so rein.

Wir laden Sie ein, über das richtige Instrumentarium zur Stabilisierung und Weiterentwicklung von Unternehmen am Standort NRW zu debattieren. Weiten Sie Ihren Blick! Gute Wirtschaftspolitik und soziale Marktwirtschaft sind viel mehr als ideologisch motivierte Verweigerung von Bürgschaften oder anderen staatlichen Unterstützungen.

Ein weiter Blick schließt ein, dass mittelständische Unternehmen, die unter der Kreditklemme bzw. einer deutlich restriktiveren Finanzierungssituation leiden,

bei der Versorgung mit Kapital unterstützt werden, das sie für Investitionen dringend benötigen.

Er schließt ein, dass wir zum Beispiel den Zukunftsmarkt der erneuerbaren Energien in Nordrhein-Westfalen nach vorne bringen und nicht einzelne wichtige Branchen wie Windenergie oder Bergbauzulieferer pauschal diffamieren.

Er schließt allerdings aus, dass wir mit ideologischen Scheuklappen durchs Land rennen. Bei Opel haben die Scheuklappen der FDP den Blick verengt. Die CDU sahen und sehen wir hier an unserer Seite.

Die Einladung unseres Koalitionsvertrages „Gemeinsam neue Wege gehen“ gilt ausdrücklich auch für die gemeinsame Arbeit für eine gute Wirtschaftspolitik hier im Parlament. Ich freue mich bereits jetzt auf die Beratung dieses Antrags und der Wirtschaftspolitik insgesamt im Ausschuss. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Eiskirch. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Abgeordnete Schneckenburger.

**Daniela Schneckenburger (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich freue mich ausgesprochen über die Gelegenheit, heute Morgen zum ersten Mal in diesem Hohen Haus sprechen zu dürfen. Insofern hat der Antrag der FDP zumindest für mich einen gewissen Zweck erfüllt. Welchen inhaltlichen und welchen praktischen politischen Nutzen er hat, darüber, Herr Papke, kann man noch mal in aller Ausführlichkeit streiten.

(Beifall von GRÜNEN, SPD und LINKEN)

Lassen Sie mich zunächst Folgendes vorweg sagen, um die Gemeinsamkeiten zu betonen: Auch die grüne Fraktion ist der Auffassung, dass es ausgesprochen gut ist, dass GM Opel, seine deutsche Tochter, aus eigener Kraft sanieren kann und will. Niemand – niemand! – will einem Konzern eine Bürgschaft aufdrängen, wenn er sich selber am Kapitalmarkt bedienen kann. Genau das ist der Zweck einer Bürgschaft: Unternehmen, die Schwierigkeiten haben, sich am Kapitalmarkt zu bedienen, und zwar unabhängig von ihrer Größe, einen Rechtsrahmen zu geben.

Zweitens. Wir begrüßen, dass GM eine Standortzusage für den Standort Bochum gegeben hat. Wir erwarten im Übrigen auch, dass GM diesmal seine Zusage auch wirklich einhält, der Standort Bochum erhalten bleibt und ein innovativer Standort wird.

Drittens. Wir können gerne gemeinsam festhalten, Herr Papke: Natürlich darf eine Regierung niemals erpressbar werden – weder durch ein Großunternehmen noch durch ein kleineres Unternehmen.

Der Gegenstand Ihres Antrags, den Sie heute vorgelegt haben, nämlich die Opel-Bürgschaft, ist aber, wenn wir ehrlich sind, längst erledigt und Schnee von gestern. Es gibt eine schlichte Feststellung, die hier schon mehrmals getroffen worden ist: GM braucht und will keine Bürgschaft für Opel. Man wäre ja auch politisch mit dem Klammerbeutel gepudert, wenn man GM gegen den eigenen Willen eine Bürgschaft aufdrängen wollte. Das ist breiter Konsens in diesem Haus; da bin ich mir absolut sicher.

(Beifall von GRÜNEN und LINKEN)

Damit ist es mit den Gemeinsamkeiten aber schon zu Ende. Denn Ihr Argument, lieber Herr Papke, GM sei ein maroder Konzern – das haben Sie hier eben genau so vorgetragen –,

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Nein!)

ist doch ein Argument, das sich durch den Vollzug und Ihren Antrag geradezu gegen sich selbst wendet. Denn wir können feststellen: Offensichtlich hat Opel doch ein Restrukturierungskonzept. Offensichtlich weiß GM doch, wie sie die deutsche Tochter und den Automobilkonzern wieder auf die richtige Spur bringen können. Offensichtlich haben sie auch das Vertrauen am Kapitalmarkt gewonnen.

Dafür gibt es übrigens gute Gründe. Wir können sehen, dass bei Opel in Bochum die Absatzzahlen wieder steigen. Wir können sehen, dass die Kurzarbeit – da möchte ich mich gern auf den Kollegen Weisbrich beziehen – unter anderem bei Opel und bei vielen anderen Unternehmen das Mittel ist, mit dem die Arbeitslosigkeit in den vergangenen zwölf Monaten gedämpft und ihr Anstieg verhindert werden konnte. Kurzarbeit ist ein gutes Mittel. Das hat GM in Bochum angewandt; das läuft jetzt aus. Wir stellen fest: Bei Opel in Bochum werden wieder Sonderschichten gefahren.

Also, Herr Papke: Entschuldigung, aber dieses Unternehmen scheint doch einen Weg gefunden zu haben. Insofern braucht es keine staatliche Bürgschaft mehr. Das ist auch ausgesprochen gut. Das Unternehmen war offensichtlich auf der richtigen Spur, und die Talsohle war durchschritten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Auch für uns gilt wie für jede Regierung vorher: Bürgschaften müssen nach Recht und Gesetz vergeben werden. Bürgschaften müssen sorgfältig geprüft werden. Bürgschaften dürfen keine Subvention eines Unternehmens sein. Das heißt auch, dass das Risiko einer Bürgschaft beherrschbar sein muss und dass ein Restrukturierungskonzept und eine positive Prognose für ein Unternehmen vorhanden sein müssen.

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Frau Abgeordnete Schneckenburger, es gibt eine Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Dr. Papke.

**Daniela Schneckenburger (GRÜNE):** Bitte schön, Herr Papke.

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Bitte schön.

**Dr. Gerhard Papke (FDP):** Vielen Dank, Frau Kollegin Schneckenburger. – Da es mir eine Freude war, dass meine Fraktion Ihnen Gelegenheit für Ihre Jungferrede geboten hat, wollte ich Ihnen auch gleich Gelegenheit zur ersten Frage- und Antwortsituation liefern.

Zur Sache: Wenn die Situation bei Opel derart positiv ist, wie Sie sie beschreiben, war es dann – das ist meine Frage – aus Ihrer Sicht nicht völlig überflüssig, dass auch in Nordrhein-Westfalen Landespolitiker nach Ablehnung des Bürgschaftsantrags durch den Bund noch im Juni die Notwendigkeit einer Bürgschaft für Opel betont haben? War das nicht völlig überflüssig? War das nicht genau dieses Hinterhertragen von staatlichen Hilfsangeboten, das Sie zu Beginn Ihrer Ausführungen sehr zu Recht kritisiert haben?

**Daniela Schneckenburger (GRÜNE):** Lieber Herr Papke, vielleicht ist das eine Frage, die Sie in Ihrem Kabinett der alten schwarz-gelben Regierung hätten diskutieren lassen können.

(Beifall von GRÜNEN, SPD und LINKEN – Dr. Gerhard Papke [FDP]: Ich stelle sie aber Ihnen! Frau Kollegin, ich möchte von Ihnen eine Antwort haben! Was sagen Sie denn?)

Meines Wissens war es so, dass der Ministerpräsident der alten Regierung häufiger in Bochum war als ich selbst und häufiger vor dem Werkstoren in Bochum stand als ich selbst. In der Tat ist es so, dass nicht an jeder Stelle durchsichtig war – übrigens auch nicht für die Opelaner –, welche Strategie GM einschlägt. Aber zu dem Zeitpunkt, als man sie erkennen konnte, musste man sagen: Bitte schön, die Dinge sollen so laufen, wie sie laufen sollen. GM soll seinen Konzern alleine sanieren. Im Übrigen hätte man das bei einer sorgfältigen Prüfung der Unterlagen bei GM auch immer gesagt, wenn erkennbar gewesen wäre, dass die Eigenkapitalausstattung so ist, wie sie ist.

Worüber wir streiten, Herr Papke, das ist lediglich die Frage, ob man überhaupt prüfen sollte. Wenn wir ganz ehrlich sind, dann müssen wir sagen, dass wir hier natürlich um ein politisches Faktum streiten. Sie setzen sich von einer Landesregierung ab, in der der Ministerpräsident sehr häufig vor den Werkstoren in Bochum war, in der sich die Landesregierung in Gestalt des Ministerpräsidenten sehr eindeutig für eine Bürgschaft für Opel ausgesprochen hat. Jetzt geht es ein bisschen darum, im Nachgang – das kann man das verstehen –, wenn die Ehe geschieden ist, zu gucken: Wer war schuld? Siehste, siehste!

(Beifall von GRÜNEN, SPD und LINKEN)

Als FDP möchte man die eigene Rolle möglichst in anderer Weise beschreiben, als sie in der Vergangenheit vorhanden war. Sie wollen zeigen: Der ehemalige Ministerpräsident war zum Missfallen der FDP in Bochum. Sie wollen zeigen: Die FDP hat ein klares ordnungspolitisches Gesicht in Nordrhein-Westfalen. Dieses Gesicht ist in der alten Landesregierung nach Ihrer Auffassung nicht genügend ausgedrückt worden.

Das zweite Ziel dieses Antrages, Herr Papke, verstehe ich, ehrlich gesagt, überhaupt nicht. Sie wollen den FDP-Bundeswirtschaftsminister in Schutz nehmen. Sie wollen noch einmal betonen, welche hervorragende Rolle er gespielt hat. Was war denn eigentlich? Es war so, dass er sich auf die Schienen gelegt – vor einen Zug, von dem man am Ende feststellte, dass er gar nicht losgefahren ist. Das war schon eine „Heldentat“. Ist in Ordnung, das kann man auch noch mal sagen. Ich verstehe auch, dass Sie den Bundeswirtschaftsminister hier zu Gehör bringen wollen. Er hat es nicht ganz leicht, als solcher ein eigenes Profil zu entwickeln. Da gab es in der vergangenen Zeit durchaus Probleme. Ich glaube aber, ehrlich gesagt, es ist nicht unsere Aufgabe als Landesparlament, dafür Sorge zu tragen, dass der Bundeswirtschaftsminister über die Erwähnung, die er ansonsten in den Medien wenig findet, in Nordrhein-Westfalen noch einmal ordentlich gelobt wird.

(Beifall von GRÜNEN, SPD und LINKEN)

Herr Papke, es gibt eine zweite Aufgabe, die ein Landesparlament – das sage ich auch mit Blick auf meine vorherige Funktion als Landesvorsitzende der Grünen – nicht erfüllen kann und nicht erfüllen soll. Es kann nicht darum gehen, dass dieses Landesparlament die Bühne dafür wird, dass die FDP ihr Profil für die kommende Wahlperiode sucht.

(Lachen von Dr. Gerhard Papke [FDP])

Sie wollen Ihr ordnungspolitisches Profilschärfen. Sie wollen das Fähnlein der Aufrechten weiter hoch halten, indem Sie deutlich machen, Sie seien die letzte ordnungspolitische Bastion in Nordrhein-Westfalen.

(Ralf Witzel [FDP]: Das sind wir auch!)

Das sollten Sie mit Ihren Parteigremien ausmachen, Herr Papke.

(Beifall von den GRÜNEN)

Darum, meine Damen und Herren, ist es im Wesentlichen ein Showantrag, in der Sache erledigt.

Ich glaube, es macht Sinn, einmal nach vorne zu gucken und die Gelegenheit zu nutzen, sich in positiver Weise auf das zu beziehen, was thematisiert wird, nämlich Opel in Bochum, die Lage der Automobilindustrie.

Herr Papke, vielleicht können wir uns an der Stelle dann doch die Hand reichen, wenn es nämlich um die Zukunft kleiner und mittlerer Unternehmen in Nordrhein-Westfalen geht und um die wirklich ausgesprochene wichtige Rolle, die diese Unternehmen in Nordrhein-Westfalen haben. Tatsache ist doch: Wenn wir nach vorne gucken wollen, dann müssen wir jetzt daran arbeiten, die Standortchancen Nordrhein-Westfalens in der Elektromobilität – dazu haben wir auch etwas in den Koalitionsvertrag geschrieben – zu verbessern. Das ist die feste Absicht von Rot und Grün in Nordrhein-Westfalen. Das kann und muss man gemeinsam tun, mit einem kontinuierlichen und substanziellen Dialog: mit Opel Bochum, aber auch mit den anderen Unternehmen in Nordrhein-Westfalen.

(Dietmar Brockes [FDP]: Das haben wir gemacht! – Gegenruf von Rüdiger Sagel [LINKE]: Das haben Sie gar nicht gemacht, Herr Brockes!)

Aus vielen Besuchen gerade in kleinen und mittleren Unternehmen, weiß ich, lieber Herr Kollege, dass die ein hohes Interesse daran haben, dass Nordrhein-Westfalen Standort von Elektromobilität wird, dass Nordrhein-Westfalen diese Marktchancen nutzt und dass es Marktchancen sind, die gerade den kleinen und mittleren Unternehmen, die in der Zulieferindustrie sind, auch wirklich nutzen.

Es gibt verschiedene Themen, um die man sich kümmern muss: Man muss sich um die Technologieförderung insgesamt kümmern. Man muss sich – das ist ein ganz wichtiges Thema – um die Batterieentwicklung in Nordrhein-Westfalen kümmern. Und man muss sich auch um die Infrastrukturentwicklung kümmern. Damit, glaube ich, schlagen wir ein Kapitel auf und machen einen Weg in Nordrhein-Westfalen auf, mit dem es gelingt, gerade kleinen und mittleren Unternehmen wirklich eine Chance zu bieten, an der Stelle mitzuarbeiten. Herr Papke, Sie wissen: Koalition der Einladung – dazu lade ich Sie gerne ein. – Danke schön.

(Beifall von GRÜNEN, SPD und LINKEN)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Frau Abgeordnete Schneckenburger. – Für die Fraktion Die Linke spricht der Abgeordnete Zimmermann.

**Wolfgang Zimmermann (LINKE):** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Nordrhein-Westfalen ist wie kaum ein anderes Land von Industrie und Arbeit geprägt und daher von der aktuellen Wirtschaftskrise ganz besonders betroffen. Bei Opel bangen weiterhin Tausende Beschäftigte und ihre Familien um ihre Arbeitsplätze. Und weitere Zigtausend in der Zulieferindustrie sind betroffen. Das ist die Welt, in der wir leben, und das ist die Angst, die die Kolleginnen und Kollegen haben.

Um dieser verheerenden Krise zu begegnen, brauchen wir in unserem Land Investitionen in die Zukunft, den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur, öffentlich geförderte Beschäftigung sowie Förderprogramme für Regionen und Branchen. Mit dem vorliegenden FDP-Antrag soll genau das unterbunden werden.

Trotz Kurzarbeit wurden in der Industrie im letzten Jahr fast 250.000 Arbeitsplätze abgebaut. 200.000 Arbeitsplätze sollen nach Aussagen der Industrieverbände in diesem Jahr gestrichen werden. Sie, meine Damen und Herren von der FDP, fabulieren jedoch von einem sich selbst tragenden Aufschwung und vom Ende der Krise. Ich muss sagen: Sie leben in einer Scheinwelt!

(Beifall von der LINKEN)

Am Beispiel Opel wird Ihre verheerende Politik besonders deutlich. Millionen von Euro hat die Große Koalition als Überbrückungskredit gegeben. Jetzt, wo General Motors mithilfe der Steuergelder aus Deutschland und den USA wieder obenauf ist, tun Sie so, als ob der Markt das alles selbst regulieren würde und überhaupt keine Kredite notwendig gewesen wären. Das ist falsch! Ohne die Kredite würde es das Unternehmen vermutlich heute in der Form überhaupt nicht mehr geben.

Jede Woche werden von General Motors Produktionszusagen für das Elektroauto in Aussicht gestellt – und dann widerrufen. Natürlich ist es richtig, von General Motors Antworten auf Fragen nach Finanzierung und auch Patenten zu verlangen. Aber die entscheidenden Fragen, meine Damen und Herren von der FDP, stellen Sie nicht. Wie sollen alle Arbeitsplätze und Standorte erhalten bleiben? Wie soll angesichts der Überproduktion von Automobilen die Zukunft der Arbeitsplätze langfristig gesichert werden? Statt ein Konzept für eine aktive Industriepolitik vorzulegen, fordern Sie von den Beschäftigten implizit den Verzicht auf tarifliche Leistungen in Höhe von 20 Millionen € alleine in Bochum. Das ist keine Innovation, sondern eine Fortsetzung der Politik des Tarif- und Lohndumpings in der Automobilindustrie. Das ist mit uns nicht zu machen.

(Beifall von der LINKEN)

Das ist kein Ausweg aus der Krise, sondern das ist schlichtweg ein Skandal.

Wir als Linke fordern und sagen Ja zu öffentlichen Bürgschaften und Krediten. Die Bedingungen dafür müssen aber Standorterhalt und Beschäftigungssicherung sein. Geld aus öffentlicher Hand kann es natürlich nur gegen die Beteiligung der öffentlichen Hand an den Unternehmen geben, denen wir das Geld geben. Vor allen Dingen müssen erweiterte Mitspracherechte der Belegschaften gewährleistet sein. Das müssen die Bedingungen sein. Dies gilt selbstverständlich nicht nur für Opel, sondern auch für andere große und kleinere Betriebe.

Selbstverständlich müssen sich die Bundesregierung und die Landesregierungen auf europäischer Ebene auch auf eine gemeinsame Zukunft für die europäischen Standorte verständigen. Das ist eine Grundbedingung. Wir stehen natürlich vor allen Dingen für die Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland ein. Aber uns sind die Arbeitsplätze an den anderen europäischen Standorten, welcher Betriebe auch immer, nicht gleichgültig.

Meine Damen und Herren von der FDP, Ihre Wirtschaftspolitik des Marktradikalismus und der Lobbypflege – bei Hoteliers und anderen Großindustriellen klappt das ja ganz gut – haben die Menschen bei Opel und in der Zulieferindustrie wahrlich nicht verdient. Es geht nämlich nicht nur um den Großbetrieb Opel, sondern es geht auch um die vielen kleineren und mittleren Betriebe in dieser Region. Es geht um Menschen und ihre Existenz und nicht nur um Profitmaximierung. Das sollten wir uns als Politiker wirklich merken. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der LINKEN)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Zimmermann. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Voigtsberger.

**Harry Kurt Voigtsberger,** Minister für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich stehe zum ersten Mal an dieser Stelle vor diesem Hohen Hause. Das freut mich. Sie wissen, ich vertrete ein großes, spannendes Ressort. Das zeigt ja auch schon die heutige Debatte. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Ihnen, vor allem auch in den Ausschüssen. Ganz besonders möchte ich mich bei Frau Thoben und Herrn Lienenkämper für die gelungene Übergabe bedanken. Vielen Dank dafür!

Nun steige ich direkt in die Materie, in den Antrag der Fraktion der FDP, ein.

Meine Damen und Herren, ich denke, die Opel-Problematik müsste man in zwei Phasen aufteilen. Bei dem ersten Antrag der Adam Opel GmbH Ende 2008 ging es um die Gewährung einer Staatshilfe der Bundesregierung. Die Adam Opel GmbH erhielt daraufhin im Frühsommer 2009 von Bund und Standortländern einen Überbrückungskredit, der eine Anschlussinsolvenz von Opel infolge der Einleitung des US-Insolvenzverfahrens nach Chapter 11 für die Muttergesellschaft General Motors verhinderte. Meine Damen und Herren, ohne diese Staatshilfe wäre die Insolvenz wahrscheinlich nicht zu verhindern gewesen. Dann wären bei Opel die Lichter ausgegangen.

Dieser von den Förderbanken des Bundes und der Standortländer bereitgestellte Überbrückungskredit wurde durch eine staatliche Garantie abgesichert. Die Hilfe erfolgte auf der Seite des Bundes im Rahmen des für die Krisenjahre 2009 und 2010 aufgelegt

ten Hilfsfonds für die deutsche Wirtschaft. Die Standortländer schlossen sich durch parallel gewährte Kredite entsprechend den jeweiligen Beschäftigungsrelationen an.

Meine Damen und Herren, nachdem aber nun das Chapter-11-Verfahren für General Motors in den USA im August 2009 abgeschlossen war, entschied sich die Muttergesellschaft, die für den Überbrückungskredit verpfändeten Gesellschaftsanteile der Adam Opel GmbH durch Rückführung des Kredites wieder an sich zu ziehen. Das bedeutet, wenn man das im Nachhinein betrachtet: Der Überbrückungskredit hat geholfen. Die Anschlussinsolvenz ist abgewendet worden. Der Kredit ist zurückgezahlt worden, und zwar mit Zinsen.

Nun komme ich zur zweiten Phase. Für die Finanzierung der Restrukturierung beantragte Opel im Herbst 2009 eine staatliche Hilfe bei der Bundesregierung zur nachhaltigen Sicherung des Standortes. Grundlage dieses Antrages war eine Zusage des damaligen Bundeswirtschaftsministers zu Guttenberg, der erklärte, jeder Investor bzw. Eigner von Opel könne eine staatliche Hilfe beantragen. Herr Minister Brüderle, der nachfolgende Bundeswirtschaftsminister, hat dieser Antragstellung in seiner Amtszeit formal nicht widersprochen.

Grundlage für die Prüfung dieses Antrages der Adam Opel GmbH waren die Bürgschaftsrichtlinie des Bundes und das Regelwerk des Wirtschaftsfonds Deutschlands. Meine Damen und Herren, politisch motivierte Subventionszusagen sind auf dieser Basis überhaupt nicht möglich. Diese wären auch durch die beihilferechtlichen Rahmenwerke der Europäischen Kommission nicht gedeckt und würden damit sofort als Verstoß geahndet werden. Insofern gilt bei der Vergabe von Bürgschaften ein strenges Regelwerk für große wie für kleine Unternehmen.

Nachdem sich die wirtschaftliche Entwicklung der Automobilhersteller seit Anfang 2010 sowohl in den USA als auch in Europa positiv gestaltet hat, entspannte sich auch die Liquiditätssituation bei der Adam Opel GmbH. Insofern war dann auch die Absage einer Staatshilfe im Juni dieses Jahres ohne besonderes wirtschaftliches Risiko für das Unternehmen möglich.

Die vorliegenden Informationen des Unternehmens den Standort Bochum betreffend – wenn wir uns das heute ansehen –, deuten darauf hin, dass die Produktionsvorbereitungen für das neue Zafira-Modell auf Hochtouren laufen und darüber hinaus gute Aussichten bestehen, die künftige Produktion eines Elektroautomobils in Bochum zu etablieren. Die Landesregierung wird den Ausbau der E-Mobilitäts-Kompetenz des Standortes Bochum unterstützend begleiten.

Abschließend noch eine Anmerkung zum dritten Spiegelstrich, Herr Dr. Papke: zur Frage der Gleichbehandlung. Das ist natürlich ein wesentlicher As-

pekt. Aber ich muss Ihnen sagen – die Zahlen sind mir so vorgelegt worden –: Von Juli 2008 bis heute wurden Bürgschaften – nur Bürgschaften! – für 135 kleine und mittelständische Unternehmen und für 38 größere Unternehmen ausgesprochen; Großunternehmen beginnen aber schon bei 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Insofern ist die Frage der Gleichbehandlung durchaus gegeben.

Wir können zusammenfassend sagen, meine Damen und Herren: Die damalige Bundesregierung und die damalige Landesregierung haben richtig gehandelt. Ich denke, das können wir in dieser Form so festhalten.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Minister Voigtsberger. – Ich sehe, es gibt noch eine Wortmeldung. Für Die Linke spricht Herr Abgeordneter Aggelidis. Bitte schön.

**Michael Aggelidis (LINKE):** Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! So, wie wir Linke kritisiert haben, dass es einerseits einen riesigen Rettungsschirm für die Banken gibt und andererseits keinen vergleichbaren Rettungsschirm für die Erwerbslosen und von Armut Betroffenen, sagen wir auch hier: Es ist richtig, keinen Rettungsschirm für GM aufzuspannen, zumal dieser Konzern über ausreichend Liquidität verfügt.

Die Frage, die der FDP-Antrag nicht erörtert, ist die folgende: Welche Folgen wird das für die betroffenen Belegschaften, für die Kolleginnen und Kollegen haben? Soll die öffentliche Hand für sie etwa auch keinen Rettungsschirm aufspannen? Oder doch? Als Zweites soll der Landtag nämlich seine Erwartung aussprechen, dass Opel seine Zusagen für den Erhalt des Standortes Bochum einhält. Das aber genügt uns eben nicht! Wie oft war die mit vielen Opfern abgerungene Zusage der Standorterhaltung mit der massiven Vernichtung von Arbeitsplätzen verbunden?

Es genügt daher nicht, den Erhalt der Standorte zu fordern. Wir müssen den Erhalt der Arbeitsplätze fordern. Denn, wer ist dafür verantwortlich, dass Opel ins Trudeln geraten ist? Die Beschäftigten sind es sicherlich nicht. Es ist daher äußerst ungerecht, dass sie dafür bezahlen sollen, indem große Teile von ihnen in die Erwerbslosigkeit gedrängt werden und damit aufgrund der Risse im sozialen Netz eher über kurz als über lang in die Armut der Hartz-IV- und der anderen Agenda-2010-Gesetze abrutschen.

(Beifall von der LINKEN)

Der FDP-Antrag erwähnt auch nicht das Problem, was hier produziert wird. Unserer Meinung nach gehört eine ökologisch verantwortbare Zukunft nicht der Automobilität, sondern dem Ausbau des Transports von Personen und Gütern auf die Schiene.

(Beifall von der LINKEN)

Daher muss auch für die Automobilbranche von Konversion die Rede sein – aber nicht über die Köpfe der Beschäftigten hinweg. Es sind vielmehr die Belegschaftsmitglieder selber, die gefragt werden müssen und in ihrer Arbeitszeit beraten sollen, was sie im Sinne der ökologischen Verantwortung und der gesellschaftlichen Bedürfnisse produzieren wollen und können. Die Verantwortung der Politik ist, ihnen dabei zu helfen.

Die FDP will, dass in Zukunft Großunternehmen nicht besser behandelt werden als mittelständische Unternehmen. Nun gut. Wir wollen mehr! Wir wollen, dass Menschen nicht schlechter behandelt werden als Unternehmen. Das bedeutet zum Beispiel, dass Großkonzerne nicht das Recht zum Arbeitsplatzabbau haben dürfen. Wenn sie es unter diesen Bedingungen nicht schaffen, Gewinne zu erwirtschaften, dann gehört der betreffende Konzern in die öffentliche Hand. Das wäre jedenfalls ein Ansatz gemeinschaftlicher Lösungen immer dann, wenn die Privatwirtschaft beim Erhalt der Arbeitsplätze und des Lebensstandards der Beschäftigten versagt.

Die Linke sagt: In aller erster Linie gehört den Beschäftigten von Opel unsere Solidarität und nicht dem Konzern. – Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Aggelidis. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt vor.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags** der Fraktion der FDP **Drucksache 15/20** an den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dieser Beschlussempfehlung des Ältestenrates folgen kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer möchte dem nicht folgen? Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisung vorgenommen worden.

Ich rufe auf:

## 2 Beste Bildung für die Jüngsten

Antrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 15/22

Entschließungsantrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/51

Änderungsantrag  
der Fraktion DIE LINKE  
Drucksache 15/52

Das Wort hat für die SPD-Fraktion Frau Abgeordnete Altenkamp.

**Britta Altenkamp (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dieses sogenannte Kinderbildungsgesetz hat uns in der letzten Legislaturperiode wahrlich intensiv beschäftigt. Das ist ganz sicher eines der Gesetzgebungsverfahren, an denen sich am deutlichsten machen lässt, wie die schwarz-gelbe Regierung mit ihrer Gesetzgebung umgegangen ist.

Wir, Rot-Grün, wollen mit unserem Antrag Betroffene zu Beteiligten machen. Das ist uns ein sehr wichtiges Anliegen.

(Beifall von der SPD)

Denn ein ganz entscheidender Fehler des sogenannten Kinderbildungsgesetzes ist gewesen, dass es über die Köpfe von Eltern, von Kindern und von Erzieherinnen hinweg ohne Übergangsphase in den Stil gestoßen worden ist – mit allen Schwierigkeiten, die es dann gebracht hat. Die Menschen haben sozusagen beim Umsetzen feststellen müssen, wie eklatant die Schwächen dieses Gesetzes sind.

Wir haben im Wahlkampf immer wieder gesagt: Das sogenannte Kinderbildungsgesetz ist der missratene Versuch, mehr Kinder mit weniger Geld und weniger Personal zu betreuen.

Wir versuchen nun mit unserem Antrag und dem angelegten Dialogverfahren, unter Einbeziehung der Betroffenen die schlimmsten Schwierigkeiten ein Stück an den Tag zu bringen. Wir versuchen gleichzeitig, schon einige Dinge zu heilen.

Wir werden das Finanzierungssystem evaluieren. Ja, das muss evaluiert werden, uns zwar sehr schnell. Denn es hat sich herausgestellt, dass das Gesetz insgesamt unterfinanziert ist und dass die Pauschalen – fußend auf einem Tarifsystem von 2005 – in der Zwischenzeit weder ausreichen noch in irgendeiner Form auch in Zukunft durch eine 1,5%ige Steigerung ausreichen werden.

Der Betreuungsschlüssel und die Erzieherinnen-Kind-Relation sind in Nordrhein-Westfalen so mies wie in keinem anderen Bundesland. Darüber hinaus – das muss man einfach sagen – ist die Situation verglichen mit der Erzieherinnen-Kind-Relation in anderen Ländern Europas wirklich beschämend. Deshalb muss sich an dieser Stelle deutlich etwas ändern.

**(Vorsitz: Vizepräsidentin Carina Gödecke)**

Die Elternbeiträge sind ein Kapitel, über das wir hier lange und vielfach gestritten haben. Denn diese alte schwarz-gelbe Landesregierung hat zunächst einmal den Elternbeitragsdefizitausgleich gestrichen und dann mit der Beitragsstaffelung – so wie Sie sie im Gesetz vorgeschlagen haben – mit den Stundenkontingenten dazu beigetragen, dass für Kinder von einkommensschwachen Familien in den ärmeren